



GREEN BUDGET GERMANY

---

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

---

FÖS-ARGUMENTATIONSLEITFADEN ZUR DEBATTE UM STROMSTEUERSENKUNGEN

**EFFIZIENZ VERBESSERN STATT STROMSTEUERN SENKEN**

**21. September 2012**

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) kritisiert die Forderungen nach Steuersenkungen beim Strom, die in den vergangenen Tagen aus verschiedenen Richtungen geäußert wurden, als kontraproduktiv. Die Landesregierungen von Sachsen und Bayern haben im Bundesrat einen Antrag gestellt, die Stromsteuer zu senken.<sup>1</sup> Die FDP fordert die EEG-Umlage von der Mehrwertsteuer zu befreien.<sup>2</sup> Aus finanzpolitischer Perspektive sind die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht die beste Lösung. Sie vergrößern die Anzahl der Ausnahmen im Steuersystem und verringern die Anreize für dringend notwendige Effizienzanstrengungen.

**Effizienzverbesserungen können steigende Strompreise kompensieren**

Statt Steuern auf Strom zu senken sollten vielmehr Maßnahmen getroffen werden, um das gewaltige Energieeffizienzpotenzial endlich auszuschöpfen. Bis 2020 lassen sich bis zu 33 Milliarden Euro durch mehr Energieeffizienz einsparen.<sup>3</sup> Diese Einsparungen können leicht Strompreiserhöhungen durch den Ausbau Erneuerbarer Energien oder steigende Rohstoffpreise kompensieren. Die Stromsteuer setzt hier die richtigen Anreize für Energieeffizienz. Je mehr Energie kostet, desto mehr lohnt sich auch das Energiesparen. Dabei ist die Stromsteuer allein noch nicht ausreichend, um bestehende Effizienzpotentiale vollständig zu mobilisieren. Bisher mangelt es noch immer an weiteren politischen Instrumenten, die Effizienzmaßnahmen stimulieren. Das Ziel der Bundesregierung den Stromverbrauch bis 2020 um 10 Prozent zu senken gilt als ambitioniert, dass es verfehlt wird nicht als unwahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund wäre ein Absenken der Stromsteuer das falsche Signal.

**Steuersenkungen beim Strompreis müssen finanziert werden**

Ein Absenken der Stromsteuer oder der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage würde darüber hinaus im Bundeshaushalt Gegenfinanzierungsmaßnahmen erfordern. Um die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu erreichen sind auf Bundesebene weitere Maßnahmen (z.B. Energieeffizienzfonds, energetische Gebäudesanierung) notwendig, für die zusätzliche Bundesmittel benötigt wer-

---

<sup>1</sup> [http://www.bundesrat.de/cln\\_236/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/458-2-12.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/458-2-12.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_236/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/458-2-12.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/458-2-12.pdf)

[http://www.bundesrat.de/cln\\_236/nn\\_8336/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/458-3-12.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/458-3-12.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_236/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2012/0401-500/458-3-12.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/458-3-12.pdf)

<sup>2</sup> <http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article109343087/FDP-fordert-schnelle-Steuersenkung-beim-Strom.html>

<sup>3</sup> <http://www.dena.de/presse-medien/pressemitteilungen/deutschland-kann-mehr-energieeffizienz.html>

den. Außerdem werden mit der Stromsteuer die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt und so Arbeitnehmer wie Arbeitgeber entlastet. Das stimuliert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine Senkung der Stromsteuer wäre auch vor diesem Hintergrund widersinnig.

### **EEG bringt keine zusätzlichen Einnahmen bei der Mehrwertsteuer**

Der Vorwurf der Mehreinnahmen für den Staat durch die Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage ist nicht gerechtfertigt.<sup>4</sup> Rein rechnerisch stehen diesen Mehreinnahmen nämlich immer Mindereinnahmen an anderer Stelle gegenüber. Bei gegebenem Haushaltseinkommen verschiebt sich lediglich die Konsumententscheidung der Haushalte von einem Gut auf ein anderes. Die Mehrwertsteuerbelastungen, die beim Stromverbrauch gesenkt werden, fallen an anderer Stelle an.

### **Keine weiteren Entlastungen für Unternehmen schaffen**

Durch Stromsteuersenkungen Entlastungen für Unternehmen zu schaffen kann zumindest im Falle der energieintensiven Industrie kein Argument sein. Energieintensive Betriebe sind ohnehin Gewinner der Energiewende. Hier sind die Entlastungen durch die Börsenpreissenkung höher als die gesamte Belastung durch die Förderung der Erneuerbaren. Das FÖS hat in einer aktuellen Studie berechnet, dass die Nettoentlastung für die Industrie in 2012 stolze 600 Mio. Euro betrug.<sup>5</sup> Würde man diese Gewinne hier abschöpfen und die energieintensive Industrie stärker an den Kosten der Energiewende beteiligen, würden auch die Stromkosten für Haushalte und mittelständische Unternehmen sinken. Und auch die größten Stromverbraucher hätten mehr Anreize zu Energieeinsparungen.

### **Strom eigentlich immer noch zu billig**

In Anbetracht der Milliardensubventionen für konventionelle Energien und deren hohe Folgekosten für Gesellschaft und Umwelt ist Strom heute eigentlich nicht zu teuer sondern zu billig.<sup>6</sup> Allein die Stromerzeugung aus Steinkohle wurde in den letzten 40 Jahren mit 177 Milliarden Euro durch staatliche Förderungen gefördert. Würde man die Zusatzkosten der konventionellen Energien voll einpreisen, wäre eine Kilowattstunde Strom heute sogar noch 10 Cent teurer. Um höhere Strompreise sozialverträglich zu gestalten und das notwendige Maß an Energienutzung zu garantieren sollte über die Aufstockung sozialer Leistungen oder ähnliche Mechanismen nachgedacht werden. Die Finanzmittel hierfür können durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen bereitgestellt werden.

### **Kosten an anderer Stelle senken**

Und trotzdem lassen sich auch sinnvolle Möglichkeiten finden, wie sich die Stromkosten reduzieren lassen. Ein angemessenes Mittel zur Begrenzung des weiteren Anstiegs der Strompreise sind zum Beispiel Maßnahmen, die die Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an die Endkunden zwingen. Ein weiteres Mittel zur Begrenzung der Stromkosten ist die Ausschöpfung von gerade in privaten Haushalten und kleinen und mittleren Unternehmen noch vorhandenen Energieeinsparpotenzialen. Und nicht zuletzt eine kritische Überprüfung der umfangreichen Vergünstigungen für die Industrie könnte helfen, die Kosten der Energiewende gerechter zu verteilen.

---

<sup>4</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oekostrom-bringt-bund-eine-milliarde-pro-jahr-a-854189.html>

<sup>5</sup> [http://www.foes.de/pdf/2012-09-Industrie\\_Strompreise\\_Energiewende.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-09-Industrie_Strompreise_Energiewende.pdf)

<sup>6</sup> [http://www.foes.de/pdf/2012-08-Was\\_Strom\\_wirklich\\_kostet\\_kurz.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-08-Was_Strom_wirklich_kostet_kurz.pdf)

*Weitere Informationen*

Studie „Was Strom wirklich kostet“ unter

[http://www.foes.de/pdf/2012-08-Was Strom wirklich kostet kurz.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-08-Was_Strom_wirklich_kostet_kurz.pdf)

Studie zu Strom- und Energiekosten der Industrie unter

<http://www.foes.de/pdf/2012-06-14-FOES-IZES-Verguenstigungen-Industrie-lang.pdf>

Studie zu Finanzierungsmodellen im Bereich Gebäudeenergieeffizienz unter

<http://www.foes.de/pdf/2012-HBS-Marktbasierte-Finanzierungsmodelle-Gebaeude.pdf>

Kurzanalyse zu „Be- und Entlastungen der Industriestrompreise durch die Energiewende“ unter

[http://www.foes.de/pdf/2012-09-Industrie Strompreise Energiewende.pdf](http://www.foes.de/pdf/2012-09-Industrie_Strompreise_Energiewende.pdf)

Das FÖS versteht sich als Sammelbewegung unabhängiger Vordenker und ist gegenüber Entscheidungsträgern und Multiplikatoren Anstoßgeber wie Konsensstifter in der Debatte um eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Das FÖS setzt sich dafür ein, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Die Marktwirtschaft hat sich nach Auffassung des FÖS bisher als effizienteste Wirtschaftsform erwiesen. Um dem Menschen optimal zu dienen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, muss sie jedoch einen starken staatlichen Rahmen mit entsprechenden ökologischen und sozialen Leitplanken bekommen. Das FÖS unterstützt Bestrebungen, neben verlässlichen sozialen Sicherheitssystemen auch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik zu stärken.